



2022/31 Thema

<https://www.jungle.world/artikel/2022/31/freibaeder-sollen-eine-bessere-welt-sein>

Ein Gespräch mit dem Historiker Matthias Oloew über die Bedeutung von Schwimmbädern

»Freibäder sollen eine bessere Welt sein«

Interview Von **Linn Vertein**

Öffentliche Schwimmbäder sind ein Produkt des Industriezeitalters und der Urbanisierung. Sie sollen allen offen stehen - was häufig auch zu Konflikten führt.

Was fasziniert Sie an Schwimmbädern und ihrer Architektur?

Ich hatte bei den Recherchen zu meinem Buch »100 Jahre Strandbad Wannsee« festgestellt, dass sich an der Geschichte von Schwimmbädern gesellschaftspolitische Themen erzählen lassen. Zum Beispiel die Geschichte der Gleichschaltung im Nationalsozialismus oder allgemein, wie Politik und Gesellschaft Architektur beeinflussen.

Die Idee der öffentlichen Badeanstalten reicht in Deutschland bis ins Wilhelminische Kaiserreich zurück. Aus welchem Grund hat man damals begonnen, Bäder zu bauen?

Die ursprüngliche Funktion der öffentlichen Bäder war die Hygiene. Private Bäder waren noch nicht verbreitet, die Arbeiterschaft hatte oft keine Möglichkeiten, sich zu waschen. Epidemien wie Cholera und Tuberkulose griffen in großen Städten um sich. Die Schaffung der öffentlichen Schwimmbadstruktur fällt mit dem Kanalisationsbau zusammen, dem Bau von Markthallen, modernen Krankenhäusern und Bildungseinrichtungen.

Sport und Freizeit spielten keine Rolle?

Doch, Sport und Freizeit waren, anders als es teilweise dargestellt wird, schon im Kaiserreich Teil der Infrastruktur der Schwimmbäder. Die Freizeit hat man damals noch nicht als solche bezeichnet, aber der Gedanke war von Anfang an präsent. Die Architekten fragten sich, wie man Schwimmbäder so bauen könnte, dass nicht nur der Arbeiter, der sich sauber machen muss, sie nutzt, sondern die gesamte Bandbreite der Bevölkerung. Was ist attraktiv für den Arbeiter wie für den Apotheker, für Kinder wie für Senioren? Diese

Fragen sind das Interessante an der Bauaufgabe Schwimmbad.

Trug die Schwimmbadnutzung zur gesellschaftlichen Egalisierung bei?

Die Pioniere des Bäderbaus im Kaiserreich wollten, dass das Schwimmbad dazu beiträgt, die Klassenschranken abzumildern. Der Gleichberechtigungsgedanke spielte hier von Anfang an eine Rolle. Das ging damals nicht so weit, wie wir es heute verstehen. Männer und Frauen beispielsweise konnten zunächst nicht gleichzeitig schwimmen. Aber Frauen wurden mitgedacht im Schwimmbadbau, während sie ansonsten marginalisiert wurden, beispielsweise kein Wahlrecht hatten.

»Das, woran sich Menschen in öffentlichen Bädern am meisten stören, ist der andere Badegast.«

Mittlerweile hat in der Regel jeder ein privates Badezimmer. Was ist heute die Funktion von Schwimmbädern?

Der Hygieneaspekt besteht fort, hat aber nicht mehr die gleiche Priorität. Als wichtig wird heute das Erlernen des Schwimmens gewertet sowie der Leistungs- und Breitensport. Mindestens ebenso wichtig ist aber der Gedanke, dass die gesamte Bevölkerung die Bäder so nutzen soll, wie sie es für richtig hält. Man kann schwimmen, planschen, Reha-Gymnastik machen, Spaß haben, sich erholen. Diese große Bandbreite, die das Schwimmbad bietet, ohne ein kommerzielles Freizeitangebot zu sein, darin besteht eine besonders wichtige Funktion des öffentlichen Schwimmbads.

Für viele ärmere Haushalte dürfte der Schwimmbadbesuch allerdings oft am Eintrittspreis scheitern. Wird das Schwimmbad also dem Anspruch, für alle offen zu sein, überhaupt gerecht?

In Berlin gibt es den »Berlinpass« (ein Sozialausweis, der zu Ermäßigungen berechtigt, Anm. d. Red.), in Hallenbädern Schwimmzeiten, zu denen der Eintritt zwei Euro kostet. Man darf auch nicht vergessen, dass der Betrieb eines Schwimmbads teuer ist. Ein Schwimmbadbesuch müsste im statistischen Mittel ohne staatliche Zuschüsse zwischen 18 und 20 Euro kosten. Es werden also bei einem regulären Eintrittspreis von 5,50 Euro immer noch zwei Drittel übernommen. Schwimmbäder sind sehr aufwendige, energie- und personalintensive Einrichtungen, deren Finanzierung sich die Städte überhaupt leisten können müssen. Die Eintrittspreisfrage für Schwimmbäder ist vergleichbar mit der Frage nach den Preisen für den ÖPNV. Zu welchen Anteilen sollen die Menschen für die Daseinsvorsorge selbst aufkommen? Oder gibt man die Dienstleistung hundertprozentig kostenfrei ab? Das entscheiden aber nicht die Betreiber. Über diese rein politische Frage entscheiden die Städte.

Wie haben sich die Badebedürfnisse der Menschen seit den fünfziger Jahren verändert und wie müsste sich das in der Schwimmbadarchitektur widerspiegeln?

Über viele Jahre wurde ignoriert, dass die Badebedürfnisse so unterschiedlich sind wie die Menschen selbst. Nicht alle wollen sportlich Bahnen schwimmen. Senioren und

Seniorinnen wollen sich vielleicht im Wasser bewegen, aber sich gleichzeitig mit anderen unterhalten. Andere wollen einen Aquafitnesskurs mit lauter Musik besuchen. Manche wollen mit Kindern in einem Strömungskanal schwimmen, um Spaß zu haben.

Das, woran sich Menschen in öffentlichen Bädern am meisten stören, ist der andere Badegast. Das heißt, man muss dafür sorgen, dass es nicht zu Nutzungskonflikten kommt. Es wird eine Tendenz sein, dass man unterschiedliche Becken für unterschiedliche Badebedürfnisse hat.

Welche Funktion sollten öffentliche Schwimmbäder in der Weimarer Republik und dann im Nationalsozialismus erfüllen und wie hat sich das architektonisch ausgedrückt?

In der Weimarer Republik stand der Sport im Vordergrund. Sport war en vogue, als Aktivität und als Spektakel. Ob Autorennen, Boxen oder Radrennen, Sport konnte die Massen begeistern. Die Freibäder, die wir heute kennen, entstanden im Wesentlichen in der Weimarer Republik. Aus dieser Zeit stammen auch die sportgerechten 50- beziehungsweise 100-Meter-Becken und die Sprungtürme. Springen war das Spektakel des Wassersports.

Der NS hat hingegen keine Impulse geliefert, nur Verbote. Alles mögliche war auf einmal nicht mehr erlaubt, Juden und Jüdinnen durften die Bäder nicht mehr benutzen. Es wurden Bäder für militärische Nutzung gebaut, wie die Schwimmhalle Finckensteinallee in Berlin-Lichterfelde, das war die Schwimmhalle der SS-Leibstandarte Adolf Hitler.

Wenn wir von Gleichberechtigung sprechen: Momentan flammt wieder eine Debatte über das Baden »oben ohne« für Frauen auf. Wie stehen Sie dazu?

Alle Menschen sind gleichberechtigt. Vor ein paar Jahren hatten wir noch die Debatte darüber, dass muslimische Frauen im Burkini schwimmen wollten. Was ihnen zunächst untersagt war, ist nun erlaubt. Wenn es jetzt ein Bedürfnis ist, oben ohne zu baden – let's go for it. Wir möchten gerne, dass alle Menschen sich wohlfühlen. Das öffentliche Schwimmbad ist immer ein Ort der gemeinschaftlich erlebten Freiheit. Häufig werden heutzutage die individuellen Bedürfnisse über den Wert des Gemeinschaftlichen gestellt. Das ist im Badbetrieb schwierig. Wir appellieren an alle, gut miteinander auszukommen. Wenn Oben-ohne-Baden allgemein Konsens ist, ist das auch für uns in Ordnung.

Dahinter steht die Forderung nach Gleichberechtigung, das ist ja weniger ein individuelles Bedürfnis.

Wenn man die gesamte Bandbreite der Badegäste befragen würde, gäbe es da sicherlich unterschiedliche Meinungen, die man diskutieren könnte. Wie gehen die Bäderbetriebe zum Beispiel damit um, wenn Muslime das Bad nicht mehr benutzen wollen, weil Frauen keine Oberteile mehr tragen?

Das ist nun mal eine Frage der Gleichberechtigung, zu der Religionen oft keine progressive Einstellung haben.

Was meinen Sie, wie es ausgeht, wenn eine muslimische Familie ihr Anliegen zur Antidiskriminierungsstelle trägt? Ist es also nicht möglich, das Oben-ohne-Baden so zu organisieren, dass alle Badegäste sich gleichzeitig im Bad aufhalten können? Generell empfehlen wir unabhängig vom Geschlecht, sich in den stark frequentierten Bereichen zu bedecken, oben wie unten. Zum Beispiel in der Gastronomie. Es könnte doch für alle ein Gewinn sein, wenn man ein T-Shirt trägt, wenn man seine Pommes isst – auch eindeutig binär verortete Männer.

Also ist das Thema Religion im Schwimmbad präsent?

Es sollte eigentlich keine Rolle spielen.

In der Berliner Zeitung ist allerdings zu lesen gewesen, dass ein Imam einer Neuköllner Moschee als Konfliktschlichter hinzugezogen wird. Das Sommerbad Neukölln am Columbiadamm war zuletzt aufgrund wilder Schlägereien Thema der Boulevardpresse.

Was da passiert ist, ist nicht schönzureden, ganz klar. Es sind aber Einzelercheinungen. So was passiert immer dann, wenn es besonders heiß und besonders voll ist, und die Streitigkeiten entstanden jedes Mal durch Nichtigkeiten. Zum Beispiel einen Beschuss mit einer Wasserpistole. Das ist nicht schön, aber im Freibad durchaus möglich. Müssen wir in der Konsequenz noch strengere Regeln einführen und Wasserpistolen verbieten? Oder die Besucherzahl limitieren? Das müssen wir nochmal auswerten. Fest steht: bei 5 000 Leuten können wir keine 5 000 Sicherheitsleute beschäftigen.

Die Stimmung kühlt übrigens nicht gerade ab, wenn die Berichterstattung über solche Vorfälle nicht nachlässt. So häufig gibt es keine Schlägereien.. Wenn die Bild-Zeitung oder die BZ schreibt: »So gefährlich sind Berliner Freibäder«, und das mit 451 Strafanzeigen in fünf Jahren begründet, sollte man bedenken, dass in fünf Jahren auch neun Millionen Menschen da gewesen sind. Da erscheinen diese Anzeigen vielleicht doch in einem etwas anderen Licht. Es ist übrigens kein Imam als Streitschlichter hinzugezogen worden.

Freibäder sind also ganz normale öffentliche Orte, an denen es unvermeidlicherweise auch mal zu Konflikten kommt?

Freibäder sollen eine bessere Welt sein. Das ist ihr Anspruch. Alle Menschen sollen glücklich und zufrieden sein und sich geben können, wie sie sind und wie sie sein möchten. Freibäder sind aber auch eine Herausforderung. Weil man lernen muss, dass individuelle Bedürfnisse nicht vollständig zu erfüllen sind. Es sind eben keine Privat-, sondern Gemeinschaftseinrichtungen. Wenn ich in einem vollen Schwimmbad sehe, dass es schwierig ist, auf 50 Metern im Delphin-Stil zu schwimmen, kann ich von niemandem verlangen, mir die Bahn freizuräumen.

Mit der Begründung, Schwimmbäder seien kein Ort der politischen Auseinandersetzung, wurden in einem Bremer Schwimmbad Frauen rausgeworfen, die ihr Bikinioberteil abgelegt hatten. Wenn das Freibad ein Ort der Gemeinschaft ist, kann es wirklich ein unpolitischer Ort sein?

Zunächst einmal würden wir deswegen niemanden rauswerfen. Wir hätten diese Frauen gewähren lassen. Ich sehe darin auch erst mal keine politische Aussage. Allerdings mit den Statements auf ihren Körpern wird es schon schwieriger – eine Demo auf dem Gelände ist nicht erlaubt.

Freibäder sind unpolitisch. Das ist ein heiliges Gut. Sonst würde man Parteiveranstaltungen zulassen müssen. Keine Partei oder Volksinitiative wird jemals Flugblätter auf einem Schwimmbadgelände verteilen dürfen. Es gibt nur die Regeln, die alle Badegäste einhalten müssen. Und es gilt das Prinzip der Gleichberechtigung.



Matthias Oloew promovierte mit einer Arbeit zur **Geschichte der Schwimmbadarchitektur** und ist **Autor** von Büchern über das **Strandbad Wannsee** sowie das **Sommerbad Kreuzberg** (das sogenannte Prinzenbad) in Berlin. Er ist außerdem **Unternehmenssprecher** der **Berliner Bäder-Betriebe**.

Bild: Elke A. Jung-Wolff / Berliner Bäder